

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.06.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Täglich begrüßt die Atomdebatte: Bundesregierung streitet über die Kernkraft</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 22.06.2022</i> .....	3
2   <b>EU-Politiker Weber: „Die Atomkraftwerke in Deutschland müssen länger laufen“</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 23.06.2022</i> .....	5
3   <b>Scholz wusste früh von Klimastiftung</b> <i>DER TAGESSPIEGEL, 23.06.2022</i> .....	8
4   <b>Energieversorger scheuen Atomdebatte</b> <i>Eßlinger Zeitung, 23.06.2022</i> .....	9

 Ostsee-Zeitung.de | 22.06.2022

 Markus Decker

 WEBLINK

## VOR DEM KOALITIONS-AUSSCHUSS

# Täglich grüßt die Atomdebatte: Bundesregierung streitet über die Kernkraft

*Bundesfinanzminister Christian Lindner erwartet, dass Energie mehrere Jahre lang knapp sein könnte. Außerdem will er über eine längere Nutzung der verbliebenen drei Atomkraftwerke sprechen. Beides dürfte Thema beim Koalitionsausschuss am Mittwochabend sein. Die Grünen sind bereits genervt.*

**Berlin.** Christian Lindner fand am Dienstag deutliche Worte. „Meine Sorge ist, dass wir in einigen Wochen und Monaten eine sehr besorgniserregende Situation haben könnten“, sagte der Bundesfinanzminister von der FDP im ZDF-„heute journal“. Es gehe um drei bis vier, vielleicht fünf Jahre der Knappheit von Energie. Und es bestehe „die Gefahr einer sehr ernst zu nehmenden Wirtschaftskrise aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise, aufgrund der Lieferkettenprobleme, aufgrund auch der Inflation“.

Zuvor hatte der FDP-Politiker beim Tag der Industrie eine „offene Debatte“ über längere Laufzeiten der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke angemahnt. Noch so viele LNG-Terminals, selbst wenn sie schnell gebaut würden, würden die Energieknappheit nicht beseitigen, warnte er. Damit setzte Lindner den Ton für die Sitzung des Koalitionsausschusses, der am Mittwochabend gegen 20 Uhr beginnen sollte. Zugleich forderte er Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) heraus. Der sagt, ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Isar II in Bayern, Neckarwestheim II in Baden-Württemberg und Lingen in Niedersachsen, die Ende des Jahres vom Netz gehen sollen, sei längst geprüft worden und stehe nicht zur Debatte.

### Weniger Gas, mehr Kohle

In der Sache geht es um den Umstand, dass Russland seine Gaslieferungen zuletzt reduziert hat und damit sowohl die Versorgungssicherheit infrage stellt als auch die Preise weiter in die Höhe treibt. Habeck will das Problem unter anderem dadurch lösen, dass Gas weniger zur Verstromung genutzt wird – und die Lücke durch zusätzliche Kohleverstromung füllen.

Das sei „keine schöne Perspektive, aber notwendig“,

sagen Spitzen-Grüne, die nicht auch noch die Atomkröte schlucken wollen. Darüber hinaus mahnen sie wegen steigender Preise weitere Entlastungen einkommensschwacher Bürger an und schließen auch eine Fortsetzung des 9Euro-Tickets nicht aus, wenn mehr Menschen in den laufenden drei Monaten Busse und Bahnen nutzen.

Aus der FDP verlautet, für weitere Einmalzahlungen zur Entlastung sei kein Geld da. Darum sei beim Koalitionsausschuss auch nicht mit konkreten Beschlüssen zu rechnen. Auf der Tagesordnung stehe vielmehr ein allgemeiner Austausch über die Energieversorgung einerseits und die Haushaltslage andererseits. Lindner hält bis auf Weiteres an seinem Ziel fest, 2023 erneut die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten; das schlosse neue Schulden weitgehend aus.

Tatsächlich herrscht in der Ampelkoalition die große Sorge, dass sich die Lage für viele Menschen im Herbst verschärft. Bisher, so sagen Regierungsmitglieder, seien die gestiegenen Energiepreise in der Bevölkerung noch gar nicht voll angekommen.

Zur Atomenergie hört man von FDP und Grünen Unterschiedliches. Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke hatten von längeren Laufzeiten der restlichen Atomkraftwerke abgeraten. „Einem kleinen Beitrag zur Energieversorgung stünden große wirtschaftliche, rechtliche und sicherheitstechnische Risiken entgegen“, hieß es in einem Prüfvermerk der beiden Häuser. Die Grünen reagieren hinter den Kulissen zunehmend gereizt. Man verstehe auch nicht, warum die FDP das Thema trotzdem immer wieder auf die Tagesordnung setze, stöhnen führende Parteimitglieder.

Die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen

Institut für Wirtschaftsforschung erklärte in der ARD, die verbliebenen Meiler trügen nur noch 6 Prozent zur Stromproduktion bei. Aufwand und Nutzen einer Laufzeitverlängerung, für die man unter anderem neue Brennstäbe bräuchte, stünden in keiner Relation. Überdies sei weniger fehlender Strom das Problem als fehlende Wärme.

### **Nicht Habeck ärgern**

Bei der FDP sagen sie hingegen, die Atomdebatte sei

kein Schachzug, „um Habeck zu ärgern“. Es gehe auch nicht darum, den Atomausstieg rückabzuwickeln, sondern bloß darum, in einer Krisensituation einen möglichst großen Mix an Energieträgern vorzuhalten.

Lindners Äußerungen sind jedenfalls nur eine Etappe bei der Bewältigung einer Situation, die es so in Deutschland noch nicht gegeben hat. In seinem Umfeld heißt es: „Noch nicht alle haben den Ernst der Lage verstanden.“

## INTERVIEW ZUM EU-GIPFEL

## EU-Politiker Weber: „Die Atomkraftwerke in Deutschland müssen länger laufen“

*Manfred Weber, der Chef der christdemokratischen Fraktion im Europaparlament, sagt: Wegen Russlands Krieg gegen die Ukraine kommen auf Europa schwierige Zeiten zu. Deswegen müssten die deutschen Kernkraftwerke länger laufen. Tabus in der Energiepolitik dürfe es nicht geben, sagt der CSU-Politiker im RND-Interview.*

**Brüssel.** Manfred Weber ist einer der einflussreichsten konservativen Politiker in der EU. Der 49 Jahre alte Niederbayer führt die größte Fraktion im Europaparlament. Seit einigen Wochen ist er auch Chef der Europäischen Volkspartei (EVP). Dem Bündnis gehören 81 konservative Parteien aus ganz Europa an, darunter auch CDU und CSU. Zudem ist Weber Vizevorsitzender der CSU.

**In den nächsten Tagen entscheidet sich, ob die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten bekommt. Treibt Sie die Sorge um, dass einer der 27 Regierungschefs der EU ausscheren könnte und das Ganze scheitert?**

Ich gehe fest davon aus, dass der EU-Gipfel die Ukraine willkommen heißt. Die Alternative ist nicht denkbar für mich. Ich will mir gar nicht vorstellen, was es bedeuten würde, wenn wir ein Land, das für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft und einen Blutzoll zahlt, jetzt zurückweisen würden.

**Der Kandidatenstatus ist zunächst nicht mehr als ein symbolischer Akt. Danach kann es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte bis zum Beitritt dauern.**

Die Ukrainer wissen genau, dass sie einen sehr langen Prozess vor sich haben. Und es muss klar sein, dass es keine Sonderbehandlung geben wird, auch wenn sich die Ukraine im Krieg befindet. Die EU-Kriterien müssen schon genau erfüllt werden. Ich bin allerdings optimistisch, dass das gelingen wird. Sobald der Krieg beendet ist, werden die Ukrainer die Kraft finden, umfassende Reformen anzupacken. Dafür verdienen sie Unterstützung.

**Solange Krieg in der Ukraine herrscht, wird es kei-**

**ne Beitrittsverhandlungen geben. Leisten denn die EU-Staaten ausreichend militärische Hilfe, damit sich die Ukraine gegen die russischen Aggressoren zur Wehr setzen kann?**

Nein. Das tun sie überwiegend nicht. Die Ukraine braucht viel mehr, als ihr die EU-Staaten geben. Die Führungsmacht Deutschland fällt leider noch zu sehr aus. Zwar sind jetzt einige Panzerhaubitzen aus Bundeswehrbeständen in die Ukraine geliefert worden. Aber das hat Monate gedauert. Wir müssen militärisch noch deutlich mehr Unterstützung leisten. Wer verhindern will, dass die Ukraine zerstört wird, der muss der Ukraine die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. Die Grundsatzfrage ist doch: Wie erreichen wir den Frieden? Manche deutsche Sozialdemokraten wollen zurück zum Appeasement gegenüber Putin. Das ist falsch. Wir müssen dem Aggressor im Kreml vielmehr noch entschiedener entgegentreten. Das geht mit mehr Waffen für die Ukraine.

**Könnte die Bundeswehr denn mehr Waffen liefern?**

Ich denke, es kann mehr geleistet werden. Wir könnten nach genauer Prüfung einige Waffen, die als Reserve für die Landesverteidigung vorgesehen sind, in die Ukraine schicken. Dort finden die Kämpfe gegen die russische Armee statt. Dort werden die Waffen gebraucht, die bei uns derzeit eben nicht gebraucht werden.

**Der Kreml dreht am Gashahn und will Energie als Waffe in diesem Krieg verwenden. Was halten Sie von der Debatte um eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken, wie sie gerade in Deutschland geführt wird?**

Wir müssen uns ehrlich machen: Auf Europa kommen schwierige Zeiten zu. Es darf keine Tabus geben. Wenn im nächsten Winter Gas fehlen sollte, dann müssen wir jetzt beginnen, alle Ressourcen zu nutzen. Für mich ist deshalb klar: Es müssen mehr Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen, und die Atomkraftwerke in Deutschland müssen länger laufen.

### **Die Ukraine braucht Geld, um den Staatsapparat zu finanzieren. Wie kann die EU helfen?**

Die EU sollte die Ukraine und die Republik Moldau so schnell wie möglich in ihrem Wirtschaftsraum einbinden. Wir müssen auch enger bei der Energiesicherheit zusammenarbeiten.

### **Ist das eine Art privilegierte Partnerschaft unterhalb der Stufe der Mitgliedschaft?**

Die Ukraine, Moldau, aber auch die Westbalkanstaaten sollten Schritt für Schritt an die EU herangeführt werden. Wir könnten zum Beispiel sofort unsere Erasmus-Stipendien für Studenten aus der Ukraine oder Bosnien-Herzegowina öffnen. Damit muss man nicht warten, bis die Länder EU-Mitglieder sind. So etwas schafft sofort gegenseitiges Vertrauen.

### **Die Westbalkanstaaten sind ein gutes Beispiel dafür, dass der EU-Beitrittsprozess eine zähe Angelegenheit ist. Wie lässt sich das ändern?**

Wir brauchen einen verbindlichen Zeitplan für die Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU – raus aus dem Schwebezustand der letzten Jahre. Wollen wir unsere Stabilität exportieren oder die Instabilität vom Westbalkan importieren? Wir müssen den Staaten endlich zeigen, dass sie willkommen sind, ihnen aber auch klar sagen, dass sie es selbst in der Hand haben. Sie brauchen weitgehende Reformen, bevor sie in die EU können.

### **Funktioniert dieser Ansatz auch in Serbien? Dort laviert Präsident Aleksandar Vucic zwischen Moskau und Brüssel.**

Die Sache ist einfach – entweder Serbien entscheidet sich für die europäische Seite oder für die russische Seite. Wenn Vucic sich an Putins Seite stellt, dann hat Serbien keine europäische Perspektive. Dann wird es aber auch keine weitere finanzielle Unterstützung aus Brüssel mehr geben.

### **Ist die EU zurzeit in der Lage, neue Mitglieder aufzunehmen?**

Ein klares Nein. Wir Europäer sind nicht vorbereitet auf die Stürme, die in den nächsten Jahren über unseren

Kontinent fegen werden. Wir brauchen dringend eine Reform der EU-Strukturen. Das Einstimmigkeitsgebot bei außenpolitischen Entscheidungen muss weg. Und wir müssen endlich den Verteidigungspfeiler stärken.

### **Über diese Reformen debattiert die EU seit Jahren und kommt nicht voran. Warum soll es jetzt anders sein?**

Es herrscht Krieg in Europa. Wir können gar nicht mehr anders. Viele sind nicht mehr bereit zu akzeptieren, dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sinnvolle Sanktionen gegen Russland blockieren kann, weil es das Einstimmigkeitsgebot gibt.

### **Was die Verteidigung angeht, machen die EU-Staaten jetzt immerhin viel mehr Geld locker als früher.**

Das mag ja sein und ist absolut richtig. Aber europäisch denken wir dabei immer noch nicht. In Deutschland will die Bundesregierung 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben. Gut so. Aber Initiativen, die ganz Europa zugutekommen, kann ich darin nicht erkennen. Die Bundesregierung müsste entschieden den Aufbau einer europäischen Cyberabwehrbrigade fordern, oder den Aufbau eines europäischen Raketenabwehrsystems. Das wäre sinnvoll angesichts der Bedrohungslage. Stattdessen wird sehr fixiert auf nationaler Ebene herumgewerkelt. Das ist enttäuschend. Bundeskanzler Olaf Scholz müsste endlich Führungsstärke zeigen.

### **Es gibt ein Problem: Das Einstimmigkeitsgebot lässt sich nur verändern, wenn alle EU-Staaten dafür sind.**

Das ist ein Problem, aber das lässt sich lösen. Wir müssen Blockierern sagen: Wenn ihr die Verteidigungsunion nicht wollt, dann bleibt halt alleine zurück. Polen und Tschechien sind auch immer noch EU-Mitglieder, obwohl sie nicht den Euro eingeführt haben. Nicht die Blockierer dürfen das Sagen haben, sondern jene, die den Mut haben, zum Nutzen aller nach vorne zu gehen. Ich will die EU zusammenhalten. Ich will, dass wir alle gemeinsam vorangehen. Aber wir dürfen uns vom Langsamsten nicht mehr aufhalten lassen.

### **Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Am Sonntag treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G7-Gruppe in Bayern. Den Vorsitz hat Deutschland. Welches Signal erhoffen Sie sich vom G7-Gipfel?**

Die nächsten Jahre werden turbulent. Der G7-Gipfel sollte der Startpunkt für eine Freihandelszone der Demokratien werden. Damit meine ich den Zusammen-

schluss von Staaten, denen Werte wie Freiheit und Menschenrechte etwas bedeuten. Die G7 müssen der russischen Aggression in der Ukraine und dem zunehmend robusten Auftreten Chinas entgegenreten. Sonst haben wir bald mit Taiwan die nächste Krise.

Geld ist grundsätzlich da. Die G7-Staaten stehen für knapp die Hälfte der weltweiten Wirtschaftskraft. Das wäre doch eine deutliche Ansage an Moskau und Peking.

## Scholz wusste früh von Klimastiftung

### Schwesig informierte bereits im Herbst 2020

**Berlin** - Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat die Bundesregierung offenbar frühzeitig über die Absicht informiert, US-Sanktionen gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 in der Ostsee mittels einer Umweltstiftung zu umgehen. Das geht aus Antworten der Schweriner Staatskanzlei auf Tagesspiegel-Anfragen hervor. Bereits ab Ende November 2020 habe Schwesig dazu mit dem damaligen Bundesfinanzminister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie dem damaligen Außenminister Heiko Maas (SPD) telefoniert. Zudem habe sie sich am 18. Dezember 2020 mit der früheren Kanzlerin Angela Merkel (CDU) im Kanzleramt in Berlin persönlich getroffen. Dabei sei es, wie in den Gesprächen mit Scholz und Maas, um die „Problematik der US-Sanktionen“ und die geplante Stiftung gegangen.

Die umstrittene Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern hat für Nord Stream 2 im vergangenen Jahr Geschäfte im Umfang von 165 Millionen Euro getätigt. Unter anderem hat sie ein Schiff gekauft, um die Pipeline am Ostseeboden zu befestigen. Finanziert wird sie maßgeblich mit Geld aus russischen Gasgeschäften. Kritiker werfen Schwesig und der Stiftung vor, Klimaschutz sei nur der vorgeschobe-

ne Stiftungszweck gewesen. In Wahrheit sei es von Anfang an um Fertigstellung des Pipeline-Projekts gegangen. Schwesig will die Stiftung nun auflösen.

Hinsichtlich des wirtschaftlichen Stiftungsgeschäftsbetriebs bleibt offen, was die Bundesregierung ab November 2020 im Einzelnen erfuhr. Über Umfang und Leistungen habe Schwesig nicht informiert, teilte die Staatskanzlei mit. An weitere Inhalte der Telefonate und der Besprechung mit Merkel kann sich Schwesig offenbar nicht mehr erinnern. „Details lassen sich im Einzelnen nicht mehr nachvollziehen“, erklärte dazu ein Sprecher nach Rücksprache mit Schwesig. Gesprächsnotizen gebe es keine, die Information sei nur mündlich erfolgt. Ministerpräsidentin und Staatskanzlei hätten auch keine Unterlagen übermittelt. Für die Beantwortung der Tagesspiegel-Anfragen benötigte die Staatskanzlei knapp acht Wochen. Der Sachverhalt habe weitere Recherchen erfordert, hieß es zur Begründung.

Auch aufseiten der Bundesregierung lässt sich derzeit nicht feststellen, was über die geplante Stiftung zum Jahresende 2020 bekannt geworden ist. Eine Anfrage zu den persönlichen Kenntnissen des damaligen Finanzministers Scholz lassen sowohl das Finanzministerium wie das Kanzleramt bisher unbeantwortet.

## Energieversorger scheuen Atomdebatte

*Der Kernkraftverband sieht keine technischen Probleme und keine Abhängigkeiten von Russland, wenn es um die mögliche Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke geht. EnBW und Eon verweisen dagegen lediglich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen.*

**Stuttgart.** Auf die Debatte über eine mögliche Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke reagieren die deutschen Energiekonzerne überwiegend zurückhaltend. Die Versorger EnBW und Eon verweisen lediglich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen. „Die EnBW hat nach dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 eine langfristige Strategie für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke ausgearbeitet, die sie seither konsequent umsetzt“, sagt ein Sprecher auf Anfrage ausweichend. Demnach liefert Block II des Kernkraftwerks Neckarwestheim noch bis Ende des Jahres Strom, dann geht der Meiler vom Netz. Der Krieg in der Ukraine scheint daran nichts zu ändern. Die Bundesregierung habe in diesem Zusammenhang eine Verlängerung der Laufzeiten geprüft und sich bereits im März dagegen entschieden. „Bitte haben Sie Verständnis, dass sich jegliche hypothetischen Fragen vor diesem Hintergrund für uns nicht stellen.“

Ähnlich sieht man es beim Essener Versorger Eon, dessen Tochter Preussen Elektra das Kernkraftwerk Isar 2 betreibt. „Wir bereiten uns seit Jahren sowohl technisch als auch organisatorisch auf die Stilllegung und den Rückbau unserer Kernkraftwerke vor“, sagte der Sprecher. Auch aus Sicht von RWE (Kernkraftwerk Emsland) kommt die Atomdebatte „zu spät“. „Wir müssen uns um die Sachen kümmern, die wirklich die Probleme lösen“, fordert RWE-Chef Markus Krebber in der „Welt“. Wichtig für ihn sei, die Gasinfrastruktur aufzubauen und Gas einzusparen.

Bundeskanzler Olaf Scholz und auch Wirtschaftsminister Robert Habeck stehen zum Aus für die Atommeiler – Scholz hat erst vor Kurzem auf die technischen Hürden für den Weiterbetrieb verwiesen. Der bayerische Ministerpräsidenten Markus Söder hält dagegen. Aus seiner Sicht ist eine solche Verlängerung „auf jeden Fall“ möglich, sagte Söder im Deutschlandfunk. Auch aus der FDP kommen Forderungen, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern.

Derzeit speisen noch drei Atomreaktoren Strom in die Netze ein: Neckarwestheim 2, Emsland und Isar 2. Im ersten Quartal 2022 haben sie etwa sechs Prozent zur Stromherstellung in Deutschland beigetragen. Das Gesetz sieht vor, dass sie Ende 2022 vom Netz gehen. Bereits ein Jahr zuvor waren die Meiler Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf stillgelegt worden. Diese kommen für einen Weiterbetrieb nicht mehr in Betracht. Dass aber die drei noch laufenden Anlagen länger am Netz bleiben, hält man beim Branchenverband Kerntechnik Deutschland technisch für möglich.

Vereinfacht ausgedrückt gebe es dabei die Möglichkeit, in den verbrauchsschwachen Sommermonaten die Leistung der Ablagen abzusinken – schlicht weniger Strom zu produzieren – und die Anlagen im Gegenzug in den kommenden Wintermonaten noch einige Zeit laufen zu lassen. Experten sprechen vom sogenannten Streckbetrieb, erläutert der Verbandssprecher. Möglich sei aber auch, den Betrieb im vollen Umfang weiterzuführen. Die Zeitdauer müsse dabei die Politik bestimmen. Nötig dafür seien neue Brennelemente, die für jede Anlage angefertigt werden müssten. Nach Ansicht des Sprechers könnten diese erst im zweiten Halbjahr 2023, „aber rechtzeitig für den Winter 2023/24 zur Verfügung stehen“.

In der Beschaffung des benötigten Brennstoffs sieht der Verbandssprecher keine Probleme. Das Uran und die der Brennelementeherstellung vorgelagerten Dienstleistungen würden auf dem Weltmarkt beschafft. Wichtige Uranproduzenten seien neben Kasachstan auch Kanada, Australien und Namibia. Eine Notwendigkeit, auf russisches Uran zurückzugreifen, bestehe nicht, relevante Dienstleistungen könnten in Westeuropa erbracht werden. Auch Personalprobleme sieht der Sprecher nicht. In einem aktiven Kernkraftwerk seien rund 500 Mitarbeiter beschäftigt; wichtig seien die Spezialisten in den Leitwarten. Der Bedarf könnte teils mit Umschulungen von Mitarbeitern anderer Anlagen gedeckt werden.